

# Das Ländle macht reinen Tisch

Die Steueroase Liechtenstein gehört der Vergangenheit an. Das Fürstentum hat sich gestern bereit erklärt, das Bankgeheimnis bei Steuerhinterziehung aufzuheben.

VADUZ – «Eine Lösung, wie wir sie heute vorschlagen, könnte beispielhaft sein», sagte Erbprinz Alois an einer Medienkonferenz in Vaduz. In einer Regierungserklärung bekennt sich das Fürstentum zum globalen OECD-Standard für Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen. Der Schutz des Bankgeheimnisses wird mit anderen Worten in Fällen von ausländischen Steuerhinterziehern aufgehoben. Die Umsetzung soll in bilateralen Abkommen erfolgen, wobei Liechtenstein im Gegenzug Lösungen für die Legalisierung von bestehenden Schwarzgeldern auf dem Finanzplatz aushandeln will. «Einigung auf ein gemeinsames Verständnis zur Regelung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Steuerverpflichtungen», heisst das Rezept, mit dem Vaduz nach den Worten von Regierungschef Otmar Hasler sogar über den OECD-Standard hinausgehen will. Man wolle den Kunden die Möglichkeit geben, steuerkonform zu werden. Wie solche Amnestielösungen im Einzelnen aussehen sollen, gab die Regierung nicht



Erbprinz Alois, Regierungschef Hasler und sein Nachfolger Tschütscher. Bild: key

bekannt. Sie rief Banken und Treuhänder auf, ihre Kunden zur freiwilligen Offenlegung von nicht deklarierten Guthaben zu ermutigen und sie dabei zu unterstützen.

Schon heute beginnen Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen mit Deutschland, wie der designierte neue Regierungschef Klaus Tschütscher bekannt gab. Im April will Liechtenstein Verhandlungen mit Grossbritannien aufnehmen. Auf eine Reaktion aus Berlin angesprochen, sagte Hasler am Rande der Medienkonferenz: «Bisher habe ich weder Zuckerbrot noch Blumen bekommen.»

«Mit der heutigen Erklärung setzt die liechtensteinische Regierung ein Zeichen, dass sie aktiv am Regulierungsdialog der Finanzzentren teilnimmt, ohne dabei die Identität Liechtensteins und die Vorteile eines zuverlässigen und gut regulierten Kleinstaates preiszugeben», sagte Erbprinz Alois, und weiter: «Ich bin überzeugt, dass wir damit das Vertrauen der Kunden in unseren Finanzplatz stärken können.» Fürstentum und Regierung können bei ihrer Offensive auf die geschlossene Unterstützung der Dachverbände von Banken, Treuhändern und Wirtschaft zählen. Für Tschüt-

scher ist die proaktive Haltung der einzig gangbare Weg für Liechtenstein. Für einen Kleinstaat wie Liechtenstein wäre es enorm fahrlässig, sich statisch zu verhalten, sagte er.

Seit der Zumwinkel-Affäre, die auf gestohlenen Kundendaten bei der dem Fürstentum gehörenden LGT-Bankengruppe basierte, hat Liechtenstein eine Vorwärtsstrategie eingeschlagen. So wurde im vergangenen Dezember mit den USA ein Abkommen über den Informationsaustausch bei Steuerdelikten abgeschlossen, das den Bankgeheimnisschutz aufhebt. Nun hofft das «Ländle», auch rasch von der OECD-Liste der nicht kooperativen Staaten zu kommen, auf der es zusammen mit Andorra und Monaco figuriert.

## Druck auf andere Länder

Der mit der Schweiz in einem gemeinsamen Währungsraum verbundene Kleinstaat setzt mit seinem Vorgehen auch den Nachbarstaat unter zusätzlichen Druck. Dies räumte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz am Rande der Session im Bundeshaus ein und kündigte eine inhaltliche Stellungnahme für heute an. Vor Liechtenstein hatten in den letzten Tagen auch Singapur und Hongkong Einlenken auf den OECD-Standard signalisiert. Der Kleinstaat Andorra hat gestern ebenfalls angekündigt, sein Bankgeheimnis bis spätestens November zu lüften. Auch Belgien will nachziehen. (ap/sda)

## NACHGEFRAGT



Peter V. Kunz  
Wirtschaftsrechtsprofessor Uni Bern

## Was soll ich jetzt mit Schwarzgeld in Liechtenstein tun?

Angenommen, Sie hätten unversteuertes Geld auf einer Bank in Liechtenstein angelegt. Was wären in der neuen Situation Ihre Optionen?

**Peter V. Kunz:** Es gibt nur zwei: Den Abzug des Geldes in eines der wenigen noch verbliebenen Länder mit Bankgeheimnis oder eine Selbstanzeige in meiner Wohnsitzstaat in der Hoffnung, dafür milder sanktioniert zu werden. Man könnte natürlich noch etwas warten und schauen, was Liechtenstein in bilateralen Verhandlungen herausholen kann.

Was kann Vaduz realistischweise in diesen Verhandlungen zunächst mit Berlin und London erreichen?

Ziel ist eine gesichts- und möglichst vermögenswahrende Lösung für ausländische Kunden. Optimal wäre, wenn bereits in Liechtenstein deponiertes Geld von der neuen Amtshilfeabklärung ausgenommen würde, also nur neue Einlagen davon betroffen wären. Realistischer ist eine Lösung, dass für bisher hinterzogene Gelder Steuern, Nachsteuern und allenfalls eine Busse zu entrichten sind, dass aber auf eine strafrechtliche Verfolgung dieser Kunden verzichtet wird.

Warum sollen sich grosse Länder mit einem Kompromiss abfinden?

Weil ohne Entgegenkommen das unversteuerte Geld aus Liechtenstein in andere «Oasen» abfliesst. Hauptmotive der grossen Länder aber sind, dass diese Gelder bei ihnen versteuert werden und die bis jetzt ehrlichen Steuerzahler nicht auch noch abspringen.

Was heisst das alles für die Schweiz?

Sie wird sehr schnell nachziehen und dieses Modell übernehmen müssen. Darunter ist wohl nichts zu haben. Eine weitere Differenzierung bei der Handhabung der Steuerhinterziehung ist nicht vorstellbar im Verkehr mit dem Ausland. Intern braucht sie hingegen nichts zu ändern. (INTERVIEW: PETER GRANWEHR)

# Drei Musketiere beschwerten sich bei OECD

Eine Delegation der Schweiz, Österreich und Luxemburg beschwerte sich gestern in Paris bei der OECD über die angebliche neue Schwarze Liste. Nützen wirds kaum.

BRÜSSEL – Der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Angel Gurría, empfing gestern in Paris Besuch aus der Schweiz, Österreich und Luxemburg. Das Trio aus den Bankgeheimnisländern beschwerte sich über eine angebliche Schwarze Liste, die das OECD-Generalsekretariat dem britischen Vorsitz des kommenden G-20-Gipfels gegeben haben soll. Für Luxemburg nahm Budgetminister Luc Frieden, für Ös-

terreich Finanz-Staatssekretär Reinhold Lopatka teil und für die Schweiz mit von der Partie waren der Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Urs Ursprung, und der Leiter der Abteilung für Internationales, Jürg Giraudi. Laut dem Sprecher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Roland Meier, ging es bei dem informellen Treffen darum, die OECD an ihre internen Gepflogenheiten zu erinnern, nämlich dass OECD-Länder nicht gegen ihren Willen auf die Schwarze Liste gesetzt werden dürfen. Eingefädelt wurde die Begegnung auf dem Minigipfel der Bankgeheimnisländer im luxemburgischen Schloss Senningen. «Tatsächlich wurde letzten Sonntag vereinbart, dass sich Vertreter der drei Länder mit dem Generalsekretär der OECD treffen werden», sagte Meier. Im gleichen Sinn äusserte

sich der Sprecher des österreichischen Finanzministeriums, Harald Waiglein: «Alle drei Länder üben Kritik daran, dass die OECD ohne Konsultation der Mitgliedstaaten Daten an die G-20 weitergibt.» Weitere Angaben über Inhalt und Verlauf des Gesprächs waren weder von österreichischer noch von schweizerischer Seite zu erhalten.

Bei der OECD wollte man nicht einmal bestätigen, dass ein Treffen stattgefunden hat. Ein Sprecher dementierte jedoch, dass die OECD eine neue Schwarze Liste oder überhaupt eine Liste erstellt habe. Die Unterlagen, die die OECD der G-20-Gruppe übermittelt hat, beschrieb er so: «Wir haben Informationen über Länder und Jurisdiktionen weitergeleitet, die Einschränkungen bei der Weitergabe von Bankinformationen an ausländische Steuerbehörden kennen.» Dies sei auf

Wunsch von zwei Staaten geschehen, die Mitglied der OECD und der G-20 sind. Dass in diesen «Informationen» alle Länder mit Bankgeheimnis auftauchen, liegt in der Natur der Sache. Indem das OECD-Generalsekretariat keine Liste, sondern bloss beschreibende Fakten weiterleitete, umging es einen formellen Beschluss der OECD – und damit ein Veto der drei Bankgeheimnisländer, die alle OECD-Mitglieder sind.

Dies wird aber natürlich den G-20-Gipfel keineswegs daran hindern, gestützt auf die «Informationen» der OECD, allenfalls eine eigene Schwarze Liste zu erstellen – sofern die kritisierten Länder nicht vor dem G-20-Gipfel einen Informationsaustausch auf Anfrage mit ausländischen Steuerbehörden akzeptieren.

SIMON THÖNEN

ANZEIGE

**Das Fielmann-Prinzip: Unsere Erfahrung. Ihre Sicherheit. Schon 12 Millionen Gleitsichtbrillen. Zum fairen Preis. Zufriedenheitsgarantie. Sonst Umtausch oder Geld zurück.**

**Brille: Fielmann.**

Brille: Fielmann. Internationale Brillenmode in Riesenauswahl zum garantiert günstigsten Preis. Mehr als 600x in Europa, 27x in der Schweiz. Auch in Ihrer Nähe: Frauenfeld, Zürcherstrasse 173, Telefon: 052/722 18 60; Schaffhausen, Fronwagplatz 10, Telefon: 052/620 06 25; Wil, Obere Bahnhofstrasse 50, Telefon: 071/910 26 06; Winterthur, Marktgasse 74, Telefon: 052/214 19 55.